RUNDSCHAU FÜR ELSTERWERDA UND BAD LIEBENWERDA

Auf Seite 11: Sonst **hilft** er **anderen**, jetzt braucht Gerhard Strauß **selbst** Hilfe.

Landrat lehnt Impfpflicht ab

Corona Elbe-Elster-Landrat Christian Heinrich-Jaschinski befürchtet einen Pflegenotstand im Kreis und sieht auch die Arbeitsfähigkeit an den drei Krankenhausstandorten und beim Rettungsdienst gefährdet. *Von Frank Claus*

Die zwei Forderungen kommen am Ende eines langen, sehr langen Briefes, den Elbe-Elster-Landrat Christian Heinrich-Jaschinski in seiner Eigenschaft als CDU-Kreisvorsitzender verschickt hat: „Daher ein klares Nein zur allgemeinen Impfpflicht – wie es bis Ende 2021 von führenden Politikern mehrfach versprochen wurde! Daher auch eine Rücknahme der einrichtungsbezogenen Impfpflicht, die mitten in der aktuellen Lage die betroffenen Bereiche in Gesundheit und Pflege, aber auch in der Eingliederungshilfe bei der Unterstützung und Betreuung hilfebedürftiger Menschen in massive Probleme stürzen und die Gesundheitsämter über die Grenzen ihrer Belastung führen würde!“

Diese Forderungen macht Christian-Heinrich Jaschinski in seinem Schreiben auf, das er, wie er sagt, auch innerhalb der Kreisverwaltung abgestimmt habe. Verschickt worden sei es demnach an CDU-Mitglieder im Landkreis, an Abgeordnete im Brandenburger Landtag und auch an Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne). Erreicht habe es ebenso Brandenburgs Innenminister und CDU-Landesvorsitzenden Michael Stübgen.

Die Debatte um die allgemeine und einrichtungsbezogene Impfpflicht spaltet die Gesellschaft. Eine Umsetzung, so wird befürchtet, könnte zum Pflegenotstand führen. *Foto: Daniel Bockwoldt/dpa*

Pflegenotstand befürchtet

Veranlasst zu diesem Schreiben habe ihn ein zu befürchtender Pflegenotstand im Landkreis und auch eine stark eingeschränkte Arbeitsfähigkeit der drei Krankenhausstandorte sowie im Rettungsdienst, wenn die einrichtungsbezoge Impfpflicht umgesetzt wird. Beschäftigte in Kliniken und Pflegeheimen sowie beim Rettungsdienst müssen demnach bis zum 15. März nachweisen, dass sie gegen Corona geimpft oder von Corona genesen sind. Christian Heinrich-Jaschinski: „Nach unserem jetzigen Kenntnisstand sind in den genannten Bereichen zwischen 65 bis 75 Prozent der Mitarbeiter geimpft.“ Das sorge „im schon angespannten Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens perspektivisch für massive Probleme bei der Absicherung der Grundversorgung“ und berge zudem „Fragen hinsichtlich der praktischen Umsetzung.“ Durch die Verkürzung des Genesenenstatus werde die Situation noch verschärft und führe „nebenbei zu noch mehr Unverständnis in der Bevölkerung bei Ausnahmeregelungen für Abgeordnete.“

Der Landrat spüre ein zunehmendes Unverständnis in Teilen der Bevölkerung: „Wahrnehmbar wird eine Spaltung der Gesellschaft, welche sich durch alle sozialen Bereiche zieht. Und es sollte nicht abgetan werden, weil nur ein kleiner Teil der Kritiker sichtbar wird. Wo ziehen wir die Grenze? Auch bei 30, 20 oder gar nur zehn Prozent der Bevölkerung geht es eben immer um Menschen! Menschen mit ihren ernstzunehmenden Sorgen und Nöten!“ Er argumentiert, dass die Kritiker der Corona-Bestimmungen „nicht alles Totalverweigerer“ seien. Viele würden sich „an die grundlegenden Regeln der Pandemie“ halten, hätten „aber ihre Vorbehalte gegen Impfpflicht oder stehen dem undurchschaubaren Regelwerk mittlerweile kritisch gegenüber“. Die Gesundheitsämter seien „seit Monaten überlastet und sollen nun zusätzlich künftig Einzelfallentscheidungen zu Betretungsverboten in noch nicht abzuschätzenden Größenordnungen treffen, welche zu weiteren juristischen Auseinandersetzungen führen werden.“

Christian Heinrich-Jaschinski hat einen Brief geschrieben, dessen Inhalt Debatten ausgelöst hat. *Archivfoto: Heike Lehmann*

Ämter überlastet

Aktuell würden die Gesundheitsämter nicht nur mit Fragen von Beschäftigten und Arbeitgebern überhäuft, „sondern stehen zunehmend als ‚Prellbock‘ verärgerten Bürgern gegenüber, die ihrem Unmut über die gesamte Situation Ausdruck verleihen“.

In seinem Brief wird deutlich, dass der Landrat die „Montagsspaziergänge“ nachvollziehen könne. Zur gleichzeitigen Nichteinhaltung von Corona-Regelungen bei den Treffen äußert er sich in diesem Zusammenhang nicht. „Den Ängsten und Unsicherheiten in der Bevölkerung begegnet man mit zunehmend komplexeren Regelungen beziehungsweise Pflichten und Verboten, was nicht nur zu wachsender Resignation und Frustration, sondern in wachsender Zahl zu Protesten auf der Straße führt. Und es sind nicht alles ‚Totalverweigerer‘ und Gegner des Rechtsstaates. Zunehmend sind es auch Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, gut ausgebildet und mit soliden Tätigkeiten, fest und anerkannt im Leben stehend, die sich mit der kaum noch durchschaubaren Komplexität der Regelungen nicht mehr einverstanden erklären und aufgrund ihres individuellen Rechts auf eine selbstbestimmte Entscheidung über eine Impfung mit der aktuellen Politik nicht einverstanden sind.“

Auch verbal „abrüsten“

Er argumentiert mit einer „mittlerweile wahrnehmbaren Zahl von Wissenschaftlern, die von einem Wandel der pandemischen in eine endemische Lage sprechen“. Daher, so der Landrat, „sollte nun dringend ein Paradigmenwechsel erfolgen!“ Dabei müsse sich auch die Gesprächskultur wieder ändern, es müsse „verbal abgerüstet“ werden: „Es entsteht der Eindruck einer Logik, die da lautet: ‚Wer nicht mit mir ist, ist gegen mich!‘. Das betrifft zwar auch den sehr kleinen Teil der strikten Leugner aller Maßnahmen, aber die politisch Verantwortlichen unseres demokratischen Rechtsstaates sollten sich diese Argumentationslogik nicht aneignen.“ In der öffentlichen politischen Debatte entstehe seiner Auffassung nach „zuweilen der Eindruck, dass jeder, der die Impfpflicht ablehnt, ein potenzieller Impfgegner ist oder jeder, der Maßnahmen kritisch sieht, ein Corona-Leugner ist. Dem ist aber keineswegs so!“, schreibt er.

Christian Heinrich-Jaschinski erklärt gegenüber der Rundschau, dass er auf allen ihm zugänglichen Kanälen für das Impfen werbe. Er selbst sei zweimal geimpft, zwischendurch selbst an Corona erkrankt gewesen und werde sich, sobald die Ärzte dem zustimmen, boostern lassen. Es sei unstrittig, dass die Impfungen schwere Krankheitsverläufe und die Überlastung von Kliniken verhindert hätten, sagt er.

Reaktionen auf den Brief des Landrates

Das Brandenburger Gesundheitsministerium erklärt zum Streit um die Impfpflicht: „Die Gesetzeslage ist eindeutig. Brandenburg wird die einrichtungsbezogene Impfpflicht nach Paragraf 20a Infektionsschutzgesetz umsetzen und dabei aber darauf achten, dass die Versorgungssicherheit im medizinischen und pflegerischen Bereich im Land und vor Ort nicht gefährdet wird.“

Paul-Philipp Neumann, der sich für Bündnis 90/Grüne erfolglos um ein Bundestagsmandat beworben hatte: „Es ist inakzeptabel, dass der Landrat hier die unangemeldeten Corona-Proteste, die auch in Elbe-Elster von Rechtsextremisten orchestriert werden, legitimiert. Außerdem steht die Frage im Raum, warum der Brief zuerst in einer Telegram-Gruppe geteilt wird, in der wiederholt der Holocaust geleugnet und zu Gewalt gegenüber Politikern aufgerufen wurde, während er auf den offiziellen Kanälen der CDU Elbe-Elster nicht auftaucht.“

Innenminister Michael Stübgen (CDU) hat „Verständnis für die Sorgen, die von vielen Vertretern der kommunalen Ebene an die Landesregierung herangetragen werden.“ Er kritisiert die Bundesregierung. „Es bräuchte jetzt Führung in Form eines ausgefeilten Gesetzantrages, über den der Bundestag zielorientiert debattieren kann.“ Auch die Beschlüsse zu einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht hätten „noch einigen Bedarf an Klärung zur genauen Umsetzung und Tragweite offengelassen.“ Die Aussagen der Gesundheitsministerin hält er „für die richtige Herangehensweise“. *fc*

Pläne im Jubiläumsjahr

725 Jahre Lange genug wurde in Gorden nicht gefeiert. Das ändert sich.

Staupitz-Gorden. Seit drei Jahren hat in Gorden kein Osterfeuer gelodert. Auch wegen Corona blieben die Brauchtumsfeste auf der Strecke, bemerkt Enrico Schiemang, ehrenamtlicher Bürgermeister in Gorden-Staupitz mit insgesamt fast 950 Einwohnern. Ein großer Termin ist aber bereits gebongt: Vom 17. bis zum 19. Juni begeht Gorden den 725. Jahrestag der urkundlichen Ersterwähnung.

So richtig ideale Bedingungen zum Feiern habe das Dorf allerdings nicht. Hier an der Ortsdurchfahrt das nicht barrierefreie Gemeindezentrum mit dem Festplatz auf der anderen Straßenseite, dort, abseits und ruhig in der Gartenstraße, das Sportlereck mit dem großen Sportplatz.

Eine Idee sei, das Gemeindezentum grundlegend umzubauen. Ein anderer Gedanke ist, alles zur Gartenstraße hin zu verlegen: den Festplatz, das Dorfgemeinschaftshaus dort neu zu errichten und eventuell noch den betagten Spielplatz aus der Bauerngasse verlegen. Wohin die Reise gehen solle, dies sei im Ort weiter zu diskutieren, so Enrico Schiemang. Am besten im Dorfentwicklungsausschuss.

Viele andere Aufgaben leiten sich aus der erstmals stattgefundenen Einwohnerbefragung im vorigen Jahr ab. Dabei hatten die Spielplätze in beiden Ortsteilen schlechte Noten erhalten. Auf der Wunschliste ganz oben stünden aber Radwege zwischen Staupitz und Sorno sowie zwischen Gorden und Hohenleipisch (Schulweg). Gorden und Staupitz sind dagegen abseits der Landesstraße untereinander gut mit dem Fahrrad erreichbar.

Manfred Feller

Der alte Spielplatz in der Bauerngasse in Gorden hat von Einwohnern schlechte Noten erhalten. *Foto: Manfred Feller*

POLIZEIBERICHT

Ladendieb gestellt
Ein 18-Jähriger ist am Donnerstag in Massen in einem Markt von Mitarbeitern gestellt worden. Er hatte versucht, Duscharmaturen zu stehlen.

Kollision mit Lkw
In der Frankfurter Straße in Herzberg sind am Donnerstag ein Lkw und ein Skoda aneinandergeraten. Der Blechschaden: mindestens 5000 Euro.

Abstand missachtet
Am Donnerstagnachmittag haben sich in der Dorfstraße in Lieskau zwei Lkw mit den Spiegeln berührt. Der Sachschaden: rund 2000 Euro.

Moped rutscht in Auto
Im Bereich der Straße der Jugend/Tuchmacherstraße in Finsterwalde ist ein Moped am Donnerstag gegen einen BMW gerutscht. Der Sachschaden: mehr als 1000 Euro. *red/roe*

Ergreifende Szene bei Schweigeminute der Polizei in Elsterwerda

Schweigeminute der Polizei vor der Wache in Elsterwerda im Gedenken an die zwei erschossenen Polizisten. *Foto: Frank Claus*

Elsterwerda. Es ist Freitag, 10 Uhr. Die zu diesem Zeitpunkt in der Polizeiwache in Elsterwerda tätigen Polizisten treten vor die Tür. Punkt 10 Uhr kommt der Funkspruch aus der Potsdamer Leitstelle, der die Polizisten zu einer Schweigeminute auffordert. Im Gedenken an die 24-jährige Polizeianwärterin und den 29-jährigen Oberkommissar, die am Montag bei einer Polizeikontrolle in Kusel (Rheinland-Pfalz) auf brutale Weise mit mehreren Schüssen getötet wurden.

Die beiden Beamten waren in ihrem Landkreis auf einer routinemäßigen Streifenfahrt, als es bei einer Verkehrskontrolle auf der Kreisstraße 22 gegen 4.20 Uhr zu dem tödlichen Zwischenfall kam.

Die Polizisten haben ihre Schweigeminute gerade beendet, als ein roter Kleinwagen auf den Parkplatz vor der Wache einbiegt. „Jetzt bin ich wohl einen Moment zu spät?“, fragt eine ältere Dame, die aus dem Auto steigt und sagt: „Ich wollte mit ihnen mittrauern.“

Es ist Christina Kurz aus dem Elsterwerdaer Nachbarort Döllingen. Sie berichtet, dass ihre Enkelin auch bei der Polizei ist, in Cottbus. „Sie ist auch gerade mal 23 und hat ihre Ausbildung im gehobenen Dienst gerade abgeschlossen“, sagt sie und Tränen schießen ihr in die Augen: „Ich habe Angst um sie. Ich kann nicht mehr richtig schlafen.“

Es sei unfassbar, was da in Kusel passiert ist, „mit welcher Brutalität“, ringt sie um Worte. Und sagt, was in diesen Tagen sicher viele denken: „Sie haben doch einfach nur ihren Dienst getan.“

Frank Claus

IHR KONTAKT ZUR

REDAKTION

Redaktions-Hotline: 0355 481 777
Montag bis Freitag 10:00 bis 18:00 Uhr

Lokalredaktion Elsterwerda
elsterwerda@lr-online.de
Reporter: Frank Claus
Mobil: 0171 8396990
Reporter: Manfred Feller
Mobil: 0170 7856779

LESERSERVICE
Fragen zur Zustellung und Anzeigenannahme: 0355 481 555

Rundschau Servicepartner
Reisebüro Jaich
Roßmarkt 5, Bad Liebenwerda
Hauptstraße 10, Elsterwerda
Angebot: Anzeigen-, Ticket- und Briefmarkenverkauf